deutsche Stadt ist, deren urdeutscher Charakter unbezweifelbar und unveränderlich feststeht.

Die nationale Richtung der polnischen Oppositionsparteien stellt gern die lebenswichtige Bedeutung Danzigs für Polen heraus. Niemandem liegt mehr an guten Beziehungen zu Polen, als der Regierung der Freien Stadt selbst. In unmittelbaren Verhandlungen sind seit der Begründung der nationalsozialistischen Führung in Danzig eine Reihe von Schwierigkeiten ausgeräumt worden. Sowohl Senatspräsident Greiser als auch Gauleiter Forster haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Polen nicht in der Lage sein werde, den Nachweis zu erbringen, daß in den vergangenen drei Jahren auch nur der Bruchteil eines seiner Rechte verletzt worden wäre. Wenn nun von gewisser Seite immer wieder weitergehende polnische Forderungen aufgestellt werden, die rechtlich keine Begründung finden, so darf man wohl darauf hinweisen, in welch seltsamer Art sich die polnische Oppositionspropaganda zumal auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens in Widersprüche verwickelt. Einmal wird Danzig dargestellt als die wichtigste Pforte des polnischen Handels zur Welt. Sobald aber die Freie Stadt, der an der Ausgestaltung des Handels mit ihrem polnischen Hinterlande viel gelegen ist, Versuche macht, durch Förderung des Danziger Hafens und der sonstigen Einrichtungen dem polnischen Wirtschaftsleben zu dienen, fällt man über jede dieser Maßnahmen her und will in ihnen nichts anderes sehen, als eine Schädigung Gdingens. Daraus ergibt sich erneut die bemerkenswerte Tatsache, daß polnische Forderungen, die von denselben Stellen ausgehen, sich innerhalb kurzer Zeit völlig widersprechen. Die Danziger Regierung hat keinen anderen Wunsch, als den nach normalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu seinem Nachbarn. Wenn die polnische Rechtsopposition Verdächtigungen ausstreut, die Danziger Regierung beabsichtige nach der Entmachtung der Parteien eine Aenderung seiner staatsrechtlichen Beziehungen zu Polen herbeizuführen, so sind das willkürliche und unbegründete Behauptungen. Aber der rechten wie der linken polnischen Opposition geht es nicht einmal so sehr um Danzig. Sie benutzen vielmehr die Danziger Frage, um innerpolitisch Stimmungsmache gegen die polnische Regierung zu treiben; die einen, indem sie behaupten, die polnische Regierung „sympathisiere mit den Faschisten", die anderen, indem sie der Regierung eine schlaffe außenpolitische Haltung vorwerfen. Diesem verantwortungslosen Treiben ist kürzlich der polnische Außenminister Beck entgegengetreten, indem er in ruhiger Sachlichkeit das Bild der polnisch-Danziger Beziehungen aufzeigte und vor aller Oeffentlichkeit auf die Notwendigkeit hinwies, die Dinge nicht einseitig zu sehen, sondern neben den eigenen polnischen Belangen auch die Rechte des anderen Partners, nämlich Danzigs, zu berücksichtigen.

Nun wird der Januar ein bedeutungsvoller Monat für Danzig. Außenminister Beck wird dem Völkerbundsrat, gemäß dem Auftrag, den er im vergangenen Herbst übernahm, Bericht erstatten über die Entwicklung in Danzig und die Beziehungen zum Völkerbund. Daß diese einer gründlichen Umgestaltung bedürfen, liegt auf der Hand; die Danzig aufgezwungene Verfassung entsprach schon in dem Augenblick, in dem sie erlassen wurde, nicht den Bedürfnissen des Freistaates, und sie ist vollends zur Unmöglichkeit geworden, seitdem in Danzig der Wille der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung sich gegen den Parteienstaat und für die nationalsozialistische Staatsführung ausgesprochen hat. Es bedeutet eine schwere Belastung des deutschen Empfindens, daß überhaupt die Genfer Institution, deren Ansehen im vergangenen Jahre auf den Nullpunkt gesunken ist, zu beraten hat über eine deutsche Stadt, zumal die Völkerbundsvormundschaft dieser in den vergangenen Jahren nicht gerade zum Segen gereicht hat. Der Nationalsozialismus hat klare Verhältnisse in Danzig geschaffen. Der Völkerbund wird die Lage anerkennen müssen, so wie sie heute in Danzig auf Grund einer gesunden und folgerichtigen Entwicklung besteht. Er kann es nicht mehr auf sich nehmen, Entscheidungen zu treffen, die natürlichen Lebensgesetzen widersprechen. Daß sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen läßt, sollte gerade Genf zur Genüge erfahren haben.

Am Vorabend der holländischen Prinzenhochzeit

Orange-Rausch in den Straßen des Haag - Kilometerlange Zuschauertribünen

Haag, 6. Januar.

Am Vortage des von ganz Holland fieberhaft erwarteten festlichen Ereignisses hat der Zustrom der Massen trotz des regnerischen Wetters schon einen gewissen Höhepunkt erreicht; in der Innenstadt sind besondere Verkehrsmaßnahmen ergriffen worden, um die unaufhörliche Flut der Besucher zu leiten.

Der Weg, den der Brautzug am Donnerstag nehmen wird, ist aller Ziel. In ununterbrochenem Strom ziehen über die ganze Straßenbreite Tausende und aber Tausende, um den Haag im hochzeitlichen Festkleide zu bewundern. Die bei aller Verschiedenheit der Ausschmückung doch einheitliche künstlerische Gestaltung beweist überzeugend, wie eng das Haus Oranien-Nassau mit dem Volke verbunden ist. Die Farbe des Hauses Oranien ist es auch, die stark überwiegt. Denn das Fest ist in erster Linie ein Familienfest des Hauses Oranien-Nassau, ein Fest allerdings, an dem die ganze holländische Volksfamilie beteiligt ist. Wenn auch die Farben des Landes und der Provinzen neben denen der beteiligten Geschlechter und der Gäste des königlichen Hauses sowie die Landesfahnen der Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate im Straßenbilde sichtbar werden, ist die Farbe des Tages Orange, und man kann von einem wahren Orange-Rausch sprechen.

Der königliche Palast Noordeinde hebt sich durch die Schlichtheit seines in Tannengrün und Silber gehaltenen Schmuckes heraus; aber schon die erste Straße, die in das Herz der Stadt, am Hofweiher und dem Außenhof vorbei zum Rathaus und der großen St. Jakobskirche — den Stätten der bürgerlichen und kirchlichen Trauung — führt, ist in eine Allee blühender Orangebäume verwandelt. Im Innenhof, wo die Regierungsgebäude, die Zweite Kammer des Parlaments und die Ministerien liegen, sind die Wappen der Staaten und der überseeischen Besitzungen Niederlands in ganzer Höhe der Bauten und in voller Breite aufgerichtet. Kerzenkandelaber leuchten aus dem dunklen Grün, und Fahnenaufbauten umrahmen das schöne Standbild des Prinzen von Oranien. Die Zugänge des Rathauses und der großen Kirche sind zu Triumphpforten umgewandelt. Der ganze Fahrdamm ist mit starken Stricken abgesperrt, und die Hauseigentümer haben sicherheitshalber alle tiefgelegenen Fenster durch Holzverschalungen gesichert.

Die Ehrenwachen ziehen an den für sie bestimmten Plätzen bereits zur Probe auf. Die ersten großen Tribünen steigen aus der Straße, die zum ganz schmucklos gebliebenen Friedenspalast führt, himmelan. Die Mehrzahl der Besucher aber findet auf den Aufbauten Platz, die sich kilometerlang zur Linken und Rechten des Alexanderplatzes, des Paradeplatzes der Residenz, entlangziehen und den Eingang zur Alexanderkaserne der roten Husaren fast völlig verdecken.

Der ganze Zauber dieser in ein Schmuckkästchen verwandelten Stadt entfaltet sich erst mit dem Eintritt der Dunkelheit, wenn die Millionen Lichter an den Häuserfronten aufglühen oder sich im weiten Bogen über die Straßen spannen, um die Feststadt in der Pracht ihrer bunten Tücher, ihrer Blumen und Girlanden in ein Märchen aus Tausend-undeiner Nacht zu verwandeln, und diese „Verlichtung" ist denn auch seit ihrem Beginn das tägliche Ziel vieler Zehntausender geworden.

Mit Rücksicht auf den Familiencharakter war am Vortage wiederum von allen offiziellen Veranstaltungen Abstand genommen worden. Der Bräutigam stattete am Vormittag dem Flugplatz Schiphol bei Amsterdam einen mehrstündigen Besuch ab, während am Nachmittag die Königin die letzten Gäste einholte. Ein Schauspiel, das unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung und Gäste vor sich ging. Am Abend fand im Schloß wie an den Vortagen eine Tafel im kleinen Kreise statt.

Glückwunsch des Führers an die Königin der Niederlande

Berlin, 7. Januar.

Der Führer und Reichskanzler hat der Königin der Niederlande zur Vermählung der Kronprinzessin Juliana und des Prinzen Bernhard telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.

Wie der deutsche Dampfer „Pluto" den Roten entkam

Der Ingenieur des Dampfers berichtet über den Piratenübergriff bei Bilbao

Bremen, 6. Januar.

Ueber die Aufbringung des Neptundampfers „Pluto" durch rote spanische Fischdampfer im Golf von Biskaya am 20. Dezember 1936 veröffentlicht die „Bremer Zeitung" einen Augenzeugenbericht des 3. Ingenieurs des Dampfers, Gerhard Ripper, in dem es heißt:

„Wir standen ungefähr 20 Seemeilen nordöstlich von Bilbao. Ich war gerade beim Bau einer für unser bescheidenes Seemannsweihnachtsfest bestimmten Teufelsgeige beschäftigt, als plötzlich die Pfeife des von der Brücke in den Maschinenraum führenden Sprachrohres ertönte und mir jemand ins Ohr rief: „Könnt ihr nicht ein wenig schneller drehen? Wir werden von einem bewaffneten Fischdampfer verfolgt!" Zur Mittelstation hinaufgestürmt und die Maschine mehr aufgelegt war eins. Der Fischdampfer befand sich etwa drei Seemeilen hinter uns und machte alle Anstalten, uns einzuholen. Wir konnten leider trotz guter Gläser nicht ausmachen, welche Flagge der mit einem Geschütz und zwei Maschinengewehren bewaffnete Dampfer führte.

Als er bemerkte, daß wir ihm fortliefen, setzte er ebenfalls alles daran, uns einzuholen. Dann plötzlich donnerte sein Geschütz los, und eine Wasserfontäne stieg ungefähr 40 m an Backbord neben uns auf. Das war das Stopp-Warnungszeichen, welches uns der Dampfer vorsetzte und vor dem wir ja nun nicht mehr ausrücken konnten.

Ein typisches Verbrechergesicht rief in gebrochenem Englisch einige Fragen herüber: „Haben Sie nicht unsere Flaggen gesehen? Haben Sie Benzin an Bord? Woher kommen Sie, wohin fahren Sie?" Wir konnten seine Fragen ruhig beantworten, da wir ja vollkommen neutrale Ladung hatten. Während uns der rote Fischdampfer umkreiste, war seine 8,8-cm-Kanone dauernd auf unseren Frachtdampfer gerichtet. Schließlich kam ein zweiter bewaffneter roter Fischdampfer näher.

Schon gleich nach Erkennen der Flagge versuchte unser Funker mit größter Energie unserer kleinen Station einen deutschen Kreuzer zu bekommen. Es war aber vollkommen unmöglich, da der Fischdampfer sofort dazwischenfunkte. Vom ersten Piratenschiff rief eine anscheinend den Kommandanten vorstellende, mit einem blauweißkarierten Sweater bekleidete Verbrechertype in englisch folgenden Befehl herüber: „Folgen Sie mir mit voller Fahrt nach Bilbao und stoppen Sie sofort Ihren Funkverkehr." Der eine der dunkelgrauen Gesellen war etwas vorausgelaufen, während sich der zweite immer genau längsseits oder kurz hinter uns hielt. Etwa fünf Seemeilen von der Hafeneinfahrt von Protugalete, dem Vorhafen von Bilbao, forderte der uns folgende rote Dampfer durch Morsesichtzeichen auf, sofort zu stoppen, und rief dann hinüber, daß wir beidrehen und zum Hafen von La Coruna (in den Händen der Nationalisten) dampfen sollten. Welche Freudenstimmung dieser Befehl nun bei uns vom Kapitän bis zum Schiffsjungen auslöste, ist kaum zu beschreiben. Die Ursache unserer Freilassung ist uns bis heute noch nicht bekannt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird wohl ein deutsches Kriegsschiff im Anmarsch gewesen sein, und hat so die unverschämte Hoheitsverletzung der Roten im allerletzten Augenblick zunichte gemacht."

Winston Churchill reist nach Spanien?

Lissabon, 6. Januar.

Aus Madrid verlautet, dort sei unter den Roten das Gerücht verbreitet, **Winston Churchill wolle demnächst in Madrid und Valencia erscheinen. Es handle sich um eine** Privatreise des früheren englischen Marineministers, angeblich zum Studium der politischen Lage im Zusammenhang mit den englisch-französischen Vermittlungsvorschlägen. Man erinnert aus diesem Anlaß daran, daß Churchills Neffe sich den spanischen Bolschewisten zur Verfügung stellte. Eine Bestätigung der Gerüchte über die angeblich geplante Spanienreise Winston Churchills aus London liegt noch nicht vor.

Britischer Zollbeamter in China ermordet. Wie aus Kanton berichtet wird, wurde in Kwangtschauwan, einem Hafen südwestlich von Kanton, ein britischer Zollbeamter namens Paget durch Schmuggler ermordet.

Eine bemerkenswerte Feststellung

Vor der Veröffentlichung des Textes des englisch-italienischen Mittelmeerabkommens befaßte sich die Weltpresse in merkwürdigem Eifer mit den Auswirkungen dieses Abkommens auf die deutsch-italienischen Beziehungen. In französischen Zeitungen konnte man die stille Hoffnung auf eine Abkühlung zwischen Berlin und Rom deutlich erkennen. Die englische Presse war in der Beurteilung des neuen Abkommens zurückhaltender. Trotzdem beschäftigte auch sie sich mit der Möglichkeit, daß sich Italien nach Abschluß des Mittelmeerabkommens aus dem spanischen Kriege „herausziehen" würde. Man verstand dieses Herausziehen in der Weise, daß Rom trotz der Anerkennung der nationalistischen Regierung des Generals Franco die Dinge laufen lassen würde. In italienischen politischen Kreisen wird diese Auffassung jetzt deutlich zurückgewiesen. Hierfür zeugt eine Meldung des römischen Korrespondenten des „Daily Telegraph", an deren Richtigkeit nicht gezweifelt zu werden braucht. In dieser Meldung lesen wir, daß sich der im Mittelmeerabkommen garantierte Statusquo auch auf die territoriale Unversehrtheit Spaniens bezieht. Das bedeutet, daß es nach italienischer Auffassung keinen katalanischen Sonderstaat geben kann, der von der Regierung des Generals Franco unabhängig ist. Die Errichtung einer roten Republik in Katalonien würde eine flagrante Verletzung des territorialen Statusquo im Mittelmeer darstellen. Die italienische Regierung ist fester denn jemals entschlossen, die Errichtung einer katalanischen Republik mit allen Mitteln zu verhindern. Zum Schluß wird in dieser Feststellung des „Daily Telegraph" zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Freundschaft mit Italien durch das Mittelmeerabkommen nicht im geringsten beeinträchtigt wird. Sie ist im Gegenteil wenn möglich noch enger geworden als zuvor.

Englands Verteidigungsminister gegen die allgemeine Wehrpflicht

London, 6. Januar.

Die Frage, ob England bei der Rekrutierung für seine Armee sich weiter auf das Freiwilligensystem verlassen kann, oder ob es statt dessen eines Tages zur allgemeinen Wehrpflicht übergehen muß, beschäftigt in immer stärkerem Maße die englische Oeffentlichkeit. Es ist bekannt, daß der Kriegsminister Duff Cooper für die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht wirbt. Der Minister für die Verteidigung, Sir Thomas Inskip, ist jedoch anderer Ansicht. Am Mittwoch erklärte er in einer Rede in Glasgow, daß England „sehr eng mit dem Freiwilligensystem verheiratet sei". Er hoffe, Großbritannien werde der Welt zeigen, daß dieses System, das England allein von allen Völkern Europas angenommen habe, doch so funktionieren könne, wie es den Bedürfnissen der britischen Armee entspreche. Inskip hofft, daß die Dienstverhältnisse in der Armee so „anziehend" gestaltet werden, daß sich eine ausreichende Anzahl von jungen Leuten in die Armee einreihen läßt.

Sir Thomas Inskip gab im übrigen bekannt, daß in Schottland mehrere neue, für Rüstungszwecke arbeitende Industriewerke errichtet werden sollen.

Wie „Evening Standard" berichtet, hat die britische Regierung nunmehr den Auftrag für die Errichtung einer Waffenfabrik in Chorley in Lancashire gegeben. Es handle sich um die größte Geschoßfabrik, die je in Auftrag gegeben worden sei. Die Errichtung der Gebäude werde allein 48 Millionen Mark kosten und der Bau der Maschinenanlage weitere 24 Millionen. Die Fertigstellung der Fabrik werde zwei volle Jahre dauern.

Der neue Stadtpräsident von Berlin

Berlin, 6. Januar.

Dr. Julius Lippert, der gestern vom Führer zum Oberbürgermeister und Stadtpräsidenten von Berlin ernannt worden ist, hat bereits in seiner bisherigen Tätigkeit durch selbstlose Pflichterfüllung und schöpferisch gestaltende Initiative seinen Namen in die Geschichte der Reichshauptstadt eingezeichnet. Da er als langjähriger Führer der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion mit den Verhältnissen und der Verwaltung Berlins bestens vertraut war, wurde er im März 1933 zum Staatskommissar beim Oberbürgermeister der Stadt Berlin und später zum Staatskommissar (Oberpräsident) der Stadt Berlin ernannt. In dieser Stellung hat er die Stadtverwaltung neu aufgebaut und maßgeblich an der Sanierung der Berliner Verhältnisse mitgewirkt. Die Neugestaltung des Stadtbildes, das unter seiner Führung durch zahlreiche große Neubauten sehr gehoben worden ist, brachte ihm viel Anerkennung ein. Dr. Lippert ist es zu verdanken, daß der Haushaltsplan des neuen Jahres ebenso wie der alte vollkommen ausgeglichen ist.

Dr. Lippert wurde am 9. Juli 1895 in Basel geboren. Er besuchte die Deutsche Schule in Genua, bis er nach Wiesbaden auf das Gymnasium kam. Bei Beginn des Weltkrieges meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und wurde bei der Tankschlacht bei Cambrai als Führer eines Infanteriegeschützzuges schwer verwundet. Bereits im Jahre 1921 schloß er sich der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung an und arbeitete zunächst als Handelsredakteur und später als politischer Redakteur im „Deutschen Tageblatt". Zwei Jahre später trat er in die Reihen der Nationalen Freiheitsbewegung ein und nach ihrer Neugründung in die NSDAP. 1927 wurde er vom Gauleiter Dr. Goebbels in die Schriftleitung des „Angriff" berufen und im Jahre 1929 in das Berliner Stadtparlament gewählt.

Die Königin von Italien aus Kassel abgereist

Kassel, 6. Januar.

Die Königin von Italien, die über einen Monat in Kassel weilte und ihre erkrankte Tochter, die Prinzessin Mafalda von Hessen, pflegte, ist am Mittwoch wieder nach Rom abgereist, nachdem in dem Befinden der Prinzessin eine erfreuliche Besserung eingetreten ist.

Hafen-Abkommen zwischen Danzig und Polen

Zusammenarbeit der Häfen Danzig und Gdingen gewährleistet

Danzig, 6. Januar.

Die seit längerer Zeit zwischen Danzig und Polen geführten Verhandlungen über die Ausnutzung des Danziger Hafens haben am Dienstag zu einem Abschluß geführt. Dabei ist zunächst das Protokoll vom 18. September 1933 bis zum 31. Dezember 1939 verlängert worden. Ferner haben sich beide Teile über gewisse Punkte geeinigt, die die Interpretation der Ausführung des Protokolls vom 18. September 1933 betreffen. Die Zusammenarbeit der Häfen von Gdingen und Danzig und ihre Angleichung auf paritätischem Gebiet wird auch für die Zukunft sichergestellt und ihre Fortentwicklung durchgeführt. Das Uebereinkommen enthält ferner Erklärungen der polnischen Regierung, daß bei allen den Verkehr betreffenden Genehmigungen und Erleichterungen eine gleiche Behandlung beider Häfen stattfindet und daß besonders Einfuhrgenehmigungen künftighin unter der Klausel „über die Seehäfen des polnischen Zollgebietes" erteilt werden, ohne daß vorher der Einfuhrhafen angegeben werden muß. Anderseits gibt der Senat der Freien Stadt Danzig Erklärungen ab, nach denen die polnischen Wirtschaftsunternehmungen in Danzig in gleicher Weise wie die Danziger Unternehmungen behandelt werden und volle Freiheit für die Ausübung ihrer geschäftlichen Tätigkeit genießen. Weiter erklärt sich der Senat im Interesse der Förderung des Hafenverkehrs und der Zusammenarbeit des Danziger Hafens mit dem polnischen Hinterland bereit, in Besprechungen mit den in Betracht kommenden polnischen Wirtschaftskreisen die Frage zu prüfen, ob und welche Erleichterungen und Vorteile den an dem Verkehr und Umschlag im Danziger Hafen beteiligten Unternehmungen gewährt werden könnte.